

Presseinformation

Potsdam, 20. Juli 2010

Anlässlich der Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung zum neuen Förderprogramm „Arbeit für Brandenburg“ **erklärt der Sprecher für Arbeitsmarktpolitik und Gewerkschaften Dr. Andreas Bernig:**

Mit breiter gesellschaftlicher Akzeptanz zum Erfolg

Die Linksfraktion begrüßt die Unterzeichnung der gemeinsamen Erklärung durch die verschiedenen Vertreter von Bund, Land, Kommunen, Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften, Arbeits-, Bildungs- sowie Strukturfördergesellschaften und Wohlfahrtsverbänden.

Diese starken Partner zeigen, dass es eine breite gesellschaftliche Akzeptanz für das Prinzip „Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren“ gibt.

Es ist bundesweit längst nicht selbstverständlich, dass sich ein Land mit eigenen finanziellen Mitteln an der Arbeitsmarktpolitik beteiligt. Brandenburg stellt hierfür 40 Mio Euro zur Verfügung.

Dass ein Bereich gemeinnütziger und zusätzlicher Arbeit geschaffen wird, der neben dem Arbeitsmarkt und der Wahrnehmung staatlicher Aufgaben existiert, findet übergreifend Anerkennung.

Im Öffentlichen Beschäftigungssektor können insbesondere Langzeitarbeitslose sinnvoll integriert werden und gleichzeitig ist dies ein Beitrag zur Stärkung der kommunalen Infrastruktur. Damit erhöhen sich die Chancen für die Integration in den ersten Arbeitsmarkt und der Übergang in die Rente wird sozial abgedeckt. Der zu bildende Beirat wird sicher seinen Beitrag zur Weiterentwicklung des Programms leisten können.